

Safe Passage – Sichere Wege

„Safe Passage – Sichere Wege“ ist ein Projekt der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME), um auf die anhaltende Migrations- und Flüchtlingskrise im Mittelmeer zu antworten. In den vergangenen Jahren haben Tausende auf der Suche nach Schutz und Sicherheit ihr Leben verloren. Das Projekt verbindet konkrete Aktivitäten des Grenzmonitoring vor Ort mit politischer Lobbyarbeit für eine humane europäische Asyl- und Migrationspolitik.



Monitoring

Die südeuropäischen Projektpartner führen an den südlichen Außengrenzen Spaniens, Italiens und Griechenlands Grenzmonitoring durch. Beobachtet wird die See(not)rettung, die Landung sowie die Erstaufnahme von Flüchtlingen. Mit diesem Monitoring wird zum einen eine Verbesserung der Informationslage angestrebt. Das Grenzmonitoring trägt dazu bei, dass Fakten zur Lage an den Südgrenzen Europas gesammelt und europaweit verbreitet werden können. Diese Fakten werden mit Hilfe eines Medienpakets kirchlichen Medien in Europa zur Verfügung gestellt. Zum anderen sollen in humanitären Krisensituationen, wie z.B. derzeit in Griechenland, auch kurzfristig Aufgaben der Erstaufnahme, Nahrungsmittelsicherheit und Beratung unterstützt werden.

Konkret hat das Grenzmonitoring in allen drei Ländern – Spanien, Italien, Griechenland – erste Schritte gemacht. Auch hat eine europäische Konferenz „Tote an EU Außengrenzen – es gibt Alternativen“ (Rom 23.-24. Februar 2015) zur Sensibilisierung für die unterschiedlichen Situationen in den betroffenen Ländern beigetragen.

Advocacy

Die Tätigkeit vor Ort ist gekoppelt mit Lobbyarbeit auf europäischer Ebene. Diese setzt in einem kritischen Moment der europäischen Migrationspolitik an, um sichere und legale Zugänge für Schutzsuchende durchzusetzen.

Die Lobbyarbeit konzentriert sich zur Zeit auf die „Migrationsagenda“ der Europäischen Union, in der einige legale Zugangswege nach Europa angesprochen werden. Gemeinsam mit weiteren kirchlichen europäischen Organisationen (Katholische Bischofskonferenzen in der EU, Caritas Europa, Internationale Katholische Migrationskommission, Jesuitenflüchtlingsdienst, Eurodiaconia, Quäker Rat EU) werden verschiedene Möglichkeiten - eine „Toolbox“ - für sichere und legale Zugänge vorgeschlagen.

Neben Gesprächen mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament (Eigeninitiativbericht zu Migration und Bericht zum Mittelmeerraum) wurden von CCME und weiteren kirchlichen europäischen Organisationen bereits Kontakte mit der zukünftigen luxemburgischen und niederländischen Ratspräsidentschaft aufgenommen.

Forderungen

Die Forderungen des Projekts beziehen sich einerseits auf die konkrete Situation vor Ort, andererseits auf die gesamteuropäische Migrationspolitik. Sie umfassen die folgenden Forderungen:

- Einrichtung und Aufrechterhalten einer, vorzugsweise zivilen, Seenotrettung mit einem weiten Einsatzbereich;
- EU-Mindestnormen entsprechende Standards für die Aufnahme von Schutzsuchenden und Zugang zu Asylverfahren;
- deutliche Aufstockung der Plätze in den europäischen Staaten für die Neuansiedelungen von Flüchtlingen aus verschiedenen Krisenregionen (Resettlement);
- Aufhebung der Visapflicht für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten oder Diktaturen wie Syrien oder Eritrea;
- humanitäre Visa für Flüchtlinge aus Krisensituationen;
- flexiblere und großzügigere Möglichkeiten für die Familienzusammenführung von Flüchtlingen;
- wechselseitige Anerkennung positiver Asylentscheidungen in der EU und Schengen-Mitgliedsstaaten;
- faire Teilung der Verantwortung für Flüchtlingsaufnahme zwischen EU-Mitgliedsstaaten, u.a. Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland und Italien in anderen EU-Mitgliedsstaaten (Relocation).

Zukünftige Aktivitäten

Zentrale Bedeutung wird nach wie vor dem Grenzmonitoring vor Ort zukommen. Die ersten Erfahrungen haben gezeigt, dass durch Monitoring konkret Verbesserungen in den genannten Bereichen vor Ort erzielt werden können. Die Umsetzung erfolgt in dem Umfang, den die finanzielle Unterstützung des Projektes zulässt.

Rechtsberatung mit dem Schwerpunkt Familienzusammenführung

Auf dem Wege eines Pilotprojekts sollen die Aktivitäten zur Familienzusammenführung in Griechenland gestärkt werden. Die Anzahl von Personen, die dort Zugang zum Asylverfahren haben und einen Schutzstatus erhalten, hat sich im Vergleich zum letzten Jahr verdoppelt, während die Aufnahmebedingungen weiterhin katastrophal sind. Gleichzeitig benötigt eine immer größer werdende Zahl von Personen internationalen Schutz, die aus benachbarten Konfliktzonen fliehen. Unter diesen Ankömmlingen sind viele besonders Schutzbedürftige. An den Grenzstellen gibt es nur eingeschränkten Zugang zum Asylverfahren, Integrationsperspektiven sind weiterhin sehr limitiert. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird sich das fremdenfeindliche Umfeld gegenüber Drittstaatsangehörigen verschärfen.

In Griechenland gibt es kein staatliches Rechtshilfesystem für Asylsuchende oder Flüchtlinge, und nur wenige Akteure der Zivilgesellschaft bieten dieser Zielgruppe Leistungen an, welche von der EU und dem UNHCR finanziert werden. Zahlreiche Flüchtlinge könnten im Rahmen der Familienzusammenführung nach dem Dubliner Abkommen zu Verwandten in andere EU-Mitgliedstaaten weiterreisen, wenn ihre Angehörigen recherchiert werden und die staatliche Kommunikation über die Einzelfälle aktiviert wird. Angesichts der drastischen wirtschaftlichen Lage des Landes erscheint eine Intervention hier besonders dringend. Die Rechtsberatung und Sozialarbeit des Ökumenischen Flüchtlingsprogrammes der Kirche von Griechenland soll personell aufgestockt werden, um in einem ernstzunehmenden Maße solche Einzelfälle bearbeiten zu können. Damit leistet Safe Passage einen konkreten Beitrag zur Flüchtlingsfrage.

Informationen

Mit zunehmenden Erfahrungen im Grenzmonitoring werden Berichte von den Beobachtungsstellen veröffentlicht. Dies soll nach Möglichkeit in regelmäßiger Form etwa in einem Newsletter geschehen. Ein Medienpaket mit Informationen zur Lage an den Südgrenzen Europas wird erarbeitet, regelmäßig aktualisiert und ergänzt. Es wird zudem geprüft, ob Filmelemente zur Sensibilisierung genutzt werden können.

Advocacy in den Kirchen, der EU und den europäischen Staaten

Direkte Kommunikation mit Kirchen in Europa wird durch eine Vielzahl von Seminaren und Besuchen sichergestellt werden. Dabei wird es unter anderem um eine bessere Vernetzung der verschiedenen Initiativen von Kirchen untereinander gehen. Es wird mit Kirchen in Europa geprüft, wie ein Treffen hochrangiger Kirchengenossen zur besseren Sichtbarkeit kirchlicher Forderungen beitragen kann. CCME und ihre Projektpartner werden zudem prüfen, ob eine größer angelegte Initiative (z.B. Unterschriften-Kampagne) im Jahr 2016 die Projektforderungen sinnvoll unterstützen könnte.

Die Institutionen der EU sind weiterhin Hauptadressat der politischen Arbeit des Projektes. Angesichts der andauernden Diskussionen wird es notwendig bleiben, die politischen Forderungen nach sicheren und legalen Zugangswegen nach Europa auf verschiedenen Ebenen zu wiederholen. Die von der Europäischen Kommission angestoßenen Debatten werden dazu reichlich Möglichkeit geben. Wie erwähnt ist CCME bereits mit den zukünftigen Ratspräsidentschaften und dem Europäischen Parlament diesbezüglich in engem Kontakt. Dies wird die Einflußmöglichkeiten in den nächsten Monaten, ja Jahren, günstig gestalten.

Migrations- und Flüchtlingspolitik steht sowohl bei der EU als auch in den Mitgliedstaaten und in den Unterzeichnerstaaten der Abkommen von Schengen und Dublin auf der politischen Agenda. Advocacy ist deshalb auch auf nationalstaatlicher Ebene notwendig. Das Projekt Safe Passage ermöglicht es kirchlichen Akteuren sich in den einzelnen Staaten auf der Grundlage des Monitorings an den EU-Außengrenzen und der „Toolbox“ für den Flüchtlingsschutz in die nationalen politischen Prozesse einzubringen.

Koordination

CCME wird nicht nur das Projekt intern koordinieren, sondern auch eine Vernetzung und nach Möglichkeit Kooperation mit ähnlichen Projekten herstellen.

Juni 2015



ccme

churches' commission for migrants in europe

beyond borders

since 1964

Rue Joseph II 174 – BE-1000 Brüssel – Tel: +32 2 234 68 00 – mail: info@ccme.eu